



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/204

2. September 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Einrichtung eines europäischen Flüchtlingsamtes	S.1
Die tschechischen Konzentrationslager - Bericht eines Entflohenen-	S.3
Erstmalig Pg - Ministerpräsident - Kurzbiographie Dr. Bartrams -	S.4
Zur Situation der Verfolgten des Naziregimes	S.6

Ein europäisches Flüchtlingsamt

H.I. Als vor kaum sechs Wochen Odd Nansen in Deutschland sprach und einen Generalplan zur Lösung des Flüchtlingsproblems skizzierte, den er im Auftrage der UNESCO entwickelt hatte, da schöpften selbst sehr nüchtern denkende Politiker in Deutschland die Hoffnung, dass die deutschen Flüchtlinge in der UNO endlich eine Instanz gefunden hätten, die über alle materiellen Schwierigkeiten und nationalen Grenzen hinweg helfen wolle. Man sprach von Odd Nansen als dem künftigen Weltflüchtlingskommissar und war der Meinung, dass die Vereinten Nationen mit diesem Mann die richtige Wahl getroffen und den rechten Kurs eingeschlagen hätten.

Nun hat ein anderer Ausschuss der UNO, ausgerechnet der Sozialrat in Genf, einen Beschluss gefasst, der alle diese Hoffnungen erstickt. Dem Sozialrat ging es um eine Festlegung des Begriffs "Flüchtling", und er kam schliesslich zu dem befremdenden Beschluss, dass, "wer früher einer deutschen Minderheit angehörte und sich jetzt in Deutschland niedergelassen hat oder dort lebt", von der UNO nicht als Flüchtling betrachtet werden könne. Selbst wenn man alle Ressentiments in Rechnung stellt, die die Hitlersche Politik mit dem Volksdeutschtum bei ausländischen Politikern erweckt haben mag, bleibt es unverständlich, wie dieses Gremium zu einer Definition kommen kann, die den Realitäten geradezu ins Gesicht schlägt.

Wer, von äusserer Gewalt bedrängt, Heimat und Besitz verloren

hat, ist Flüchtling - wir kennen keine präzisere und knappere Definition dieses über zwölf Millionen Deutsche hereingebrochenen Unglücks. Diese beiden Kriterien, die äussere Gewalt und der Verlust, treffen bei allen deutschen Flüchtlingen zu, ob sie vor diesem Unglück "Reichsdeutsche" waren oder "Volksdeutsche". Die Sozialräte der UNO erweisen sich als schlechte Kenner der Materie, wenn sie den Volksdeutschen den Begriff "Flüchtling" nicht zuerkennen wollen. Denn die heute in Deutschland lebenden Volksdeutschen sind nicht wohl vorbereitet geflüchtet, sondern sie sind oft unter den brutalsten Umständen regelrecht vertrieben worden, kaum dass sie das nackte Leben retten konnten. Falls die UNO-Sozialräte das nicht wissen sollten, stehen ihnen in Deutschland genug Archive zur Verfügung.

Man kann sich des Gefühles nicht erwehren, dass die Sozialräte der UNO sich wesentlich von finanziellen Gesichtspunkten leiten liessen, indem sie angesichts der Grösse des Problems und der Geringfügigkeit der vorhandenen Mittel einfach den Kreis der Hilfsbedürftigen auf juristischem Wege einschränkten. Mit falschen Ressentiments oder damit, dass man die ungeheure Not und Hilfsbedürftigkeit unter den volksdeutschen Vertriebenen ignoriert, schafft man aber das Problem nicht aus der Welt. Vogel-Strauss-Politik hat es in der Vertriebenen-Frage schon genug gegeben, sie hat bei Yalta und Potsdam begonnen und hat, wie die Ereignisse zeigen, vor Genf nicht haltgemacht.

Es gibt Gottseidank Lichtblicke. Einer davon war Odd Eansen, der zweite ist die Empfehlung des Europarats an den Ministerausschuss, ein europäisches Flüchtlingsamt zu errichten. Man kann nur hoffen, dass die positive Empfehlung von Strassburg nicht durch den negativen Beschluss von Genf gefährdet wird. Die von Genf ausgehende Erkenntnis, dass der künftige Flüchtlingskommissar der UNO nun nicht nach der sozialen Wirklichkeit, sondern nach politischen Ressentiments wird arbeiten müssen, setzt vor das Strassburger Flüchtlingsamt ein grosses Fragezeichen, wenn gleich zwischen UNO und Europarat keine organisatorischen Zusammenhänge bestehen. Von Strassburg aber hat man es etwas näher zu den deutschen Flüchtlingslagern als von Genf; das sollte auf die kommende Arbeit des europäischen Flüchtlingsamtes nicht ohne Einfluss bleiben. Um das zu gewährleisten, muss sich die deutsche Abordnung in Strassburg den massgeblichen Einfluss auf das Flüchtlingsamt sichern, selbst wenn sie dafür anderen Einfluss opfern sollte. Die Sozialräte der UNO aber sollte man auf Bundeskosten zu einer Deutschlandfahrt einladen, damit sie Gelegenheit haben, die Fragwürdigkeit ihres Entschlusses bei den Volksdeutschen in der Bundesrepublik selbst zu studieren.

Die tschechischen Konzentrationslager

(sp.) Die nachstehenden Angaben stammen von einem Tschechen, der vor kurzem nach vierjähriger Haft einem tschechischen Konzentrationslager entflohen ist.

Bis zum Mai 1945 kannten die Tschechen die Einrichtung von Konzentrationslagern im eigenen Lande nicht. Aus politischen Gründen hatte das deutsche Okkupationsregime auf diese ES-Einrichtung verzichtet, es gab weder Konzentrations- noch Kriegsgefangenenlager. Mit den Herren in Prag wechselte auch dieses Bild. Zunächst wurden behelfsweise riesige Lager für die zurückgebliebenen Reichsdeutschen, Sudetendeutsche² und die tschechischen Kollaboranten errichtet. Nach dem Abschub des grössten Teils der Sudetendeutschen wurden verschiedene Lager überflüssig. Sie wurden nach dem Kommunisten-Putsch im Frühjahr 1948 wieder reaktiviert.

Drei Sorten von Konzentrationslager gibt es heute in der Tschechoslowakei: Zwangsarbeitslager (T.N.P. - tabor nucene prace), politische Straflager für Häftlinge, die zu 5 - 30 Jahren verurteilt wurden und schwere Straflager mit politischen und kriminellen Häftlingen, deren Urteile über 30 Jahre lauten. Wer in diesem Lager sitzt, hat kaum Aussicht, jemals wieder in die Freiheit zu kommen.

Uner Gewährsmann wurde 1946 in ein T.N.P.-Lager gebracht, weil er Sudetendeutschen zur Flucht nach Deutschland verholfen hatte. Zu zwei Jahren verurteilt, wurde er noch weitere zwei Jahre zurückbehalten, bis ihm die Flucht gelang. Er wechselte fünfmal das Lager: Brüx mit damals 270 Insassen, Aussig 800 - 1000, Joachimsthal (Uranbergbau) mit wechselnd 400 - 800, wieder Aussig und zuletzt Pardubitz mit 900 Insassen. Nur wenige der Insassen eines T.N.P.-Lagers können sich mit einem ordentlichen Gerichtsurteil ausweisen. T.N.P.-Häftling wird man, wenn man einen Gewerbebetrieb hat, nichtkommunistischer Intellektueller ist, einem KP-Funktionär nicht zu Gesicht steht, einer nichtkommunistischen Partei angehört und das zu erkennen gegeben hat, wobei Sozialdemokraten und Volkssozialisten (Benesch-Partei) es besonders leicht haben, in so ein Lager zu kommen. Die Strafnorm in so einem Fall lautet auf zwei Jahre. Den grössten Zustrom erhielten die Lager nach dem Kommunisten-Putsch und im vergangenen Herbst, als zur Behebung des Arbeitermangels etwa 60.000 Gewerbetreibende und Geschäftsleute aus nichtigen Gründen enteignet und zur "Umschulung" in die Lager gesteckt wurden. Aus Zweckmässigkeitsgründen wurde in jedem Bezirk (identisch mit dem deutschen Verwaltungsbegriff

Kreis) ein T.N.P.-Lager errichtet, in Böhmen und Mähren insgesamt etwa 40. In der Slowakei liegen die Verhältnisse anders. Zwischen den Lagern werden die Häftlinge, die bei Strassenbauten, Waldarbeiten, in Steinbrüchen und in der Landwirtschaft verwendet werden, je nach Einsatzbedarf im Lande hin- und hergeschoben, so dass die Verhältnisse in den verschiedenen Lagern bekannt werden. Gefürchtet sind besonders die Lager im Braunkohlengebiet von Aussig bis Falkenau.

Die Lager stehen unter der "Obhut" des SNB (sbor narodni bezpecnosti), das ist die Zusammenfassung von Gendarmerie und Polizei. Schlimmer aber als diese Organe werden die Werkmilizen geschildert, denen die Häftlinge bei der Arbeit überantwortet werden. Oberste Instanz für sämtliche Lager ist das Innenministerium. Geprügelt wurde in den T.N.P.-Lagern in den ersten Anfängen; nach Interventionen des Internationalen Roten Kreuzes werden nunmehr "Sekkaturen" angewandt, wie sie beim Militär üblich sind, wie längeres Strammstehen, Hinlegen, Aufstehen, harte Stubendisziplin usw. Nach drei Wochen guter Führung kann der Häftling (er wird "Zögling" genannt, da er zur neuen Ordnung "umgezogen" wird) an Sonntagen Besuche empfangen, nach sechs Monaten kann er gegen Urlaubsschein sogar das Lager auf 24 Stunden verlassen. Fluchtversuche werden durch die Lagerjustiz im ersten Falle mit sechs Monaten Strafabteilung geahndet. Strafabteilung bedeutet schwerste Arbeiten im Lager bei Minimallohn (ohne Fleisch). Im Wiederholungsfalle drohen verschärfte Strafen. Nachts sind die Lager streng bewacht, aber von der Arbeitsstätte weg ist die Flucht relativ leicht. In der letzten Zeit haben die Fluchtversuche stark zugenommen, da Gerüchte umgingen, dass sämtliche Lager nach Russland transferiert werden. Unserem Gewährsmann gelang die Flucht von Pardubitz in die Ostzone, wo er knapp vor dem Übertritt in die Westzone gefangen wurde, jedoch abermals entkam.

- - - -

Erstmalig Pg - Ministerpräsident

sp. Der neue Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Walter B a r t r a m , wurde am 21. April 1893 in Neumünster (Schl.-Holst.) geboren. Er studierte Jura und Volkswirtschaft an den Universitäten Freiburg, Kiel und Würzburg und nahm am ersten Weltkrieg teil. Anschliessend war Dr. Bartran bis 1946 ununterbrochen in der Ölmühlenindustrie in führender Stellung tätig.

Nach einer Erklärung des Bundestagsabgeordneten und Geschäfts-

führers der Industriegewerkschaft Chemie in Harburg, N o w a c k , ist Dr.Bartram im Jahre 1932 als Direktor in das Harburger Werk eines Margarinekonzerns gekommen. Es sei nach der Machtergreifung durch die Nazis eine seiner ersten Handlungen gewesen, die Herabsetzung des Stundenlohnes um 50 Pfennig durch Anschlag im Betrieb bekanntzumachen. Bartram habe dann den Betriebsrat und Nowack als Gewerkschaftsvertreter verhaften lassen, als die Arbeiterschaft in den Streik getreten sei. Der damalige Harburger Polizeipräsident habe diese eigenmächtige Maßnahme rückgängig gemacht, doch sei die Lohnkürzung von Bartram durchgesetzt worden, als die Gewerkschaften entmachteter waren.

Nach Aussage von Nowack ist Bartram aus dem Stahlhelm hervorgegangen und bereits 1933 der NSDAP beigetreten. Er habe in Reitstiefeln auf einer Weihnachtsfeier im Jahre 1934 von dem "uns von Gott gesandten Führer" gesprochen und der Belegschaft mit dem Konzentrationslager gedroht, wenn die Leistungen nachlassen sollten.

Nachdem er 1946 als Direktor von F.Thörls Vereinigten Harburger Ölfabriken von der britischen Militärregierung fristlos entlassen worden war, machte er sich selbständig und übernahm die Kraftfutterfabrik Aspe bei Nortorf. Dr.Bartram gehörte seit 1946 der CDU an und wurde 1949 zum Kreisverbandsvorsitzenden in Neumünster und zum Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein gewählt.

In einem Interview mit Bartram, das die dänische Zeitung "Flensborg Avis" am 27. August veröffentlichte, wird festgestellt, dass mit Dr.Bartram der erste Nationalsozialist in Westdeutschland einen derartigen Posten bekleiden würde. Nach diesem Interview gehörte Bartram seit 1937 der NSDAP an.

Niedersachsens Angestellte kündigen Metall-Tarif. (sp.) Die Industriegewerkschaft Metall, Bezirksverband Hannover und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Niedersachsen, hatten bereits unter dem 24.August 1950 dem Verband der Metall-Industriellen Hannover eine Forderung auf Gehaltserhöhung überreicht. Der Forderung waren fruchtlose Verhandlungen vorausgegangen. Die Gewerkschaften verlangen eine Erhöhung der Angestelltegehälter in der Metallindustrie um monatlich 30.— DM ab 1.September. Diese Forderung ist bisher unbeantwortet geblieben. Die Fachgruppen-Vorstände haben daraufhin am 28. August den Gewerkschafts-Vorständen Zustimmung erteilt, den bisherigen Gehaltstarif zum 31. August zu kündigen. Die Kündigung ist inzwischen überreicht.

Unerfreuliche Geschäftigkeit

sp. Seit einiger Zeit macht sich eine unerfreuliche und verdächtige Geschäftigkeit einiger Vereine und Gruppen bemerkbar, die glauben, sich im besonderen Maße des Schicksals der ehemals Verfolgten des Nazi-regimes und ihrer Hinterbliebenen annehmen zu müssen. Nicht immer hat man dabei den Eindruck einer unbedingt uneigennütigen Absicht.

Die Not und die Sorge dieser in der Zeit der Hitler-Diktatur ganz besonders schwer getroffenen Menschen muss ein Anliegen des ganzen Volkes sein, ohne Berücksichtigung parteipolitischer, konfessioneller oder irgend welcher anderen Unterscheidungen. Seinerzeit, nach dem Ende des Krieges, schien zunächst die VVN die Treuhänderin dieser gemeinsamen Pflicht zu werden, aber sie ist dann bald ganz ins kommunistische Fahrwasser geraten und hat ihre ursprüngliche Aufgabe immer offenkundiger und schliesslich vollkommen zugunsten einer systematischen kommunistischen Agitation vernachlässigt.

Die Sozialdemokratie, die in ihren Reihen eine ganz besonders grosse Zahl ehemals Verfolgter zählt, hat nicht die Absicht, sich nach diesen bitteren Erfahrungen mit einer sogenannten überparteilichen, in Wirklichkeit rein kommunistischen Organisation einer neuen Körperschaft anzuschliessen. Sie ist der Ansicht - und das muss immer wieder mit grosser Deutlichkeit gesagt werden - dass die Sorge für die Wiedergutmachung des an diesen Menschen geschehenen Unrechtes, soweit sie überhaupt möglich ist, in erster Linie Sache der staatlichen und kommunalen Stellen ist.

Die andere Frage aber, die nach der grösstmöglichen Sicherheit vor der Wiedererstellung eines despotischen Regimes in Deutschland, ist eine hochpolitische Angelegenheit, der die Anstrengung des ganzen deutschen Volkes, seiner Regierung und seines Parlamentes gelten muss.

DRP als NSDAP-Nachfolgerin

sp. Koblenz, 4. September

Sicheren Informationen zufolge sollen im September und Oktober in Rheinland-Pfalz in verstärktem Umfange Propagandaversammlungen der DRP (Deutsche Reichspartei) stattfinden, deren Charakter dadurch hinreichend gekennzeichnet ist, dass bei ihnen stets die Fahne schwarz-weiss-rot gezeigt werden soll. In einer Vorstandssitzung der DRP-Landesleitung Rheinland-Pfalz, die vor einiger Zeit hier stattfand und an der insgesamt 12 Personen teilnahmen, wurde ausserdem beschlossen, bei evtl. zu erwartenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz eigene Listen bzw. Kandidaten aufzustellen. Das Interessanteste aber war die allgemein gebilligte Forderung, vor allem die ehemaligen Nationalsozialisten zur Aufnahme in die DRP zu bewegen, deren Charakter und Zielsetzung der DRP am nächsten kämen.